

Pränumerations-Preise:
Für Arab.
 Ganzjährig 12 fl. — fr.
 Halbjährig 6 — —
 Vierteljährig 3 — —
Mit täglicher Postversendung:
 Ganzjährig 14 fl. — fr.
 Halbjährig 7 — —
 Vierteljährig 3 — 50 —
 Das Abendblatt pr. Quartal 1 fl. 6 M.

Uradrucker Zeitung.

Redaktion
 im Bährler'schen Neugebäude, 1. Stock
**Expeditions- u. Insertions-
 Bureau:**
 Hauptplatz, 5. Goldschneider's Buchhandlung.
Einsendungen für das „Journal Aler“
 u. dgl. werden mit 20 Mkr. die Zeile
 berechnet.
Manuskripte werden nicht zurück-
 gegeben.

Nro. 130.

Montag den 3. Juni 1861. (Abendblatt.)

X. Jahrgang.

Die Adressdebatte im Unterhause.

S. C. West, 2. Juni. In der gestrigen Unterhausung stellte Hunfár den Antrag, das Repräsentantenhaus möge an dem heute zum Andenken Telt's in der reformirten Kirche stattfindenden Gottesdienste in corpore theilnehmen. Wurde mit allgemeiner Bestimmung angenommen. — Der Präsident zeigt die seit der letzten Sitzung eingelaufenen Zuschriften an. — Das Deubenburger Komitat bittet, die Verdienste Gr. Stefan Széchenyi's um die Nation, sowie die dankbare Anerkennung desselben mögen ins Gesetzbuch aufgenommen werden. — Eine Zuschrift ähnlichen Inhalts sendet das Szóker Komitat ein. — In einem andern Gesetzbuch drückt das Deubenburger Komitat seine Besorgnis darüber aus, daß die Fonds des Ludoviceums und anderer Institute, die Bergwerke, die Kron- und königl. Güter theils entfremdet, theils ihrer Bestimmung entzogen wurden; das Komitat bittet das Haus alle diese Güter zurückzuerlangen. — Die Komunität des Liptauer Komitats protestirt feierlich gegen die Ernennung einiger Mitglieder der höhern Gerichte, und bittet das Haus dahin zu wirken, daß anstatt jener Männer, die während der verfloffenen 12 Jahre sich als Werkzeuge der Gewalt benützen ließen und das Vertrauen des Vaterlandes nicht heizen, durch wegen ihres Patriotismus bekannte Männer ersetzt werden. Alle diese Gesuche werden der Petitionskommission übergeben. — Die Komunität des Liptauer Komitats schildert die Noth und das Elend der Bewohner desselben, und bittet das Haus, es möge die durch die Statthalterei angeordnete gewaltsame Steuereintreibung von ihnen abzuwenden suchen; zugleich erklärt es, daß wenn die Regierung die zur Steuereintreibung entsendeten Soldaten nicht besonders verproviantirt, dieselben bei der allgemeinen Noth mitleiden werden. Dieses Gesuch, und diejenigen der Städte Balicz und Kaschau werden bei der Verhandlung über die Steuerangelegenheit in Rücksicht gezogen werden. Die Komunität des Krassauer Komitats theilt dem Hause mit, daß sie durch die Statthalterei und das Militärkommando zur Einfindung der Urlauber und Abstellung der Rekruten aufgefordert, beschloffen hat, die die Urlauber betreffende Kenntnismachung zwar zu veröffentlichen, aber zur Einhebung der Rekruten keine Hand zu bieten, bis nicht der Landtag in dieser Beziehung eine Entscheidung treffen wird. (Beifall.) Wird zur Kenntniß genommen. — Nach der Vorlage der Wahlprotokolle zweier neu angekommenen Deputirten zeigte der Präsident an, daß der Repräsentant Baczay Albert eine Erklärung eingereicht habe. Dieselbe wurde vorgelesen, und zeigte der Betreffende (er gehört zur Beschlußpartei) an, er sei moralisch genöthigt, seine Deputirtenstelle niederzulegen; zugleich bittet er das Haus, das Abaujer Komitat zur Anordnung einer neuen Wahl zu veranlassen. Wird zur Kenntniß genommen, und das Nöthige veranlaßt. Vor Fortsetzung der Debatte gibt der Präsident bekannt, daß Tisza Kálmán seine Motion schriftlich auf den Tisch des Hauses niedergelegt habe. Dieselbe wird gedruckt und unter den Mitgliedern vertheilt werden. — Hierauf sprach Nikolaus Venczúr für die Adresse. Dem Redner zufolge verlangt die Nation jetzt nur das System der Gesetzlosigkeit und nicht den Thron umzustürzen; aber wenn man das in Wien nicht weiß, oder nicht unterscheiden will, so wäre es nicht der Fehler sondern der Selbsterhaltungstrieb der Nation, wenn sie dem System und dem Thron entgegenträte. Wenn einer Nation die Freiheit mit Gewalt weggenommen wird, so ist dies einerseits eine Ungerechtigkeit, andererseits ein Unglück; aber wenn eine Nation die Freiheit selbst wegwirft, so ist dies Wahnsinn. Darum will der Redner nicht den Reichsrath beschiden, der das Grab der Nation wäre. Er tabelt diejenigen, welche die Anhänger der Adresse der Ungefählichkeit beschuldigen; dadurch werde die Nation zu dem irrigen Glauben verleitet, der Landtag könne wirklich eine Ungefählichkeit begehen. Schließlich ermahnt der Redner an die Römer, diese großen Meister des Rechts, die nachdem sie tausend und aber tausend Gesetzbuchordnungen gebracht hätten, ein Hauptgesetz aussprachen: „Salus reipublicae suprema lex esto.“ (Allgemeiner Beifall.)

Nyáry Pál setzt auseinander, daß der Kampf, welchen die Regierung 1848 gegen die Nation begonnen, noch immer fort dauert. Die Nation hat den Kampf mit den Waffen zwar ganz verloren, aber Niemand kann ihren Heldennuth bezweifeln. Und diesen

Kampf verlor sie auch nur deshalb, weil die europäische Diplomatie nicht die Interessen der Nationen, sondern die falsch verstandenen Interessen einiger herrschenden Familien verteidigte. Oesterreich hat durch das Anrufen der russischen Hilfe nur seine eigene Schwäche eingestanden, und seitdem wankt es, und wird so lange wanken, bis es von seinem Streben, Ungarn zu bewältigen, nicht absteht. Noch nach der Kapitulation von Komorn hätte es Oesterreich einfallen können; aber anstatt dessen hat es die Rolle eines Geiers des an den Felsen geschmiedeten Prometheus übernommen, ohne zu bedenken, daß das Herz der ungar. Nation unverwundlich ist. Redner bewundert die richtige Auffassung der ungar. Nation, welche das Diplom vom 20. Oktober nicht mit Freude begrüßte, die seitherigen Ereignisse rechtfertigen dieses Urtheil. — Was die Motion betrifft, so kann er mit dem Antragsteller nicht in Allem einer Meinung sein; denn da der Schutz der ungar. Nation nicht in Waffen, sondern im Gesetz besteht, so müssen wir uns hüten, auch nur einen Schatten davon aufzugeben. Er nimmt den 3. Artikel 1848 zur Grundlage und diesem zufolge kann die Nation mit dem König nur im Wege des verantwortlichen Ministeriums in Verkehr stehen, und schon deshalb kann er nicht für die Adresse stimmen. Wenn der Monarch mit der andern Hälfte des gesetzgebenden Körpers in geselliger Verbindung kommen will, so stelle er das konstitutionelle Organ, das verantwortliche Ministerium wieder her; dann ist auch Redner bereit für die Adresse zu stimmen, denn der Landtag ist eine mit dem Monarchen gleichberechtigte Hälfte der gesetzgebenden Gewalt. Eine Adresse kann nur auf eine Thronrede folgen, die bisher ausgeblieben ist. Demzufolge stellt er einen neuen Antrag, den er vorliest und auf den Tisch des Hauses niederlegt. Dieser Antrag bezweckt im Wesentlichen, daß der gegenwärtige Landtag als Beschluß ausspreche, er könne sich ohne vollkommene Wiederherstellung der Verfassung und Ergänzung des Landtages nicht darauf einlassen, neuere Gesetze zu bringen; der Landtag erkläre alle von der Suspendirung der Verfassung bis zum heutigen Tage erlassenen Verordnungen aller Art und einseitigen Gesetze für ungültig und mache die an der Spitze der ungar. Regierung stehenden Behörden im Sinne der Gesetze verantwortlich.

Urményi József unterstützt in einer vortrefflichen Rede die Adresse. Mit lebhaften Farben schildert er die Schädlichkeit und Verdammlichkeit der so plötzlich vor sich gegangenen Ersetzung der ungarischen Gesetze durch österreichische. Er hebt hervor, wie sehr sich Bach zu Allem brauchen ließ; er liest den konstitutionellen Paragraphen der Verfassung vom 4. März 1848, und jene Stelle des den Absolutismus verkündenden Patentes vom 31. Dezember 1851, welche mit jenen Paragraphen den schreiendsten Gegensatz bildet; und jedes der beiden Dokumente ist vom Minister Bach kontrastirt. Der Redner schildert dann die eigenthümliche Lage des Reichsraths, da die in Wien beisammen sitzenden Repräsentanten die Minorität bilden; auch erwähnt er die daraus sich ergebende schiefe Stellung des österreichischen Ministeriums, da es ein Ministerium der Minorität ist, und dennoch lebt. —

Georg Zlinzky erwiderte zur großen Erheiterung des Hauses und der Gallerien den von den Wiener zentralistischen Blättern gegen Ungarn geschleuderten Spott. Seines Trachtens ist das österreichische öffentliche Recht: „Nicht raisonniren, sondern zählen!“ Die Wiener Herren vergleicht er mit Guttapercha, dieses läßt kein Wasser durch, jene keinen guten Rath. Ferner vergleicht er die Wiener Herren mit jenen Seidenzüchtern, die glauben, die Seidenwürmer essen, wenn man sie tüchtig hungern läßt, auch Hollunderblätter; so glauben die Wiener Herren, die Ungarn werden, wenn sie früher ausgehungert werden, sich mit dem Reichsrath des 26. Februar zufrieden geben. Er stimmt für Beschluß; denn Großmuth über einen Kermeren üben sei Tugend, aber einem Mächtigen gegenüber Feigheit. (Beifall.)

Blád Alois nimmt die Verhältnisse und historische Vergangenheit der rumänischen Nation zum Gegenstand und erklärt, daß er die 1848er Ereignisse mit Fleiß nicht erwähnt, weil die Erwähnung derselben unwillkürlich zu Retriminationen führen würde; er wünscht diese schon deshalb vermeiden zu sehen, weil er sich im Lauf der Berathung über den an der Tagesordnung befindlichen Gegenstand überzeugt hat, daß die Billigkeit des Hauses die wichtige Frage jedenfalls auf friedlichem Wege lösen wird. (Zustimmung.) Er tritt der Motion Deat's in jeder Beziehung bei.

Ignatovich Jakob setzte in feuriger Rede seine Ansicht auseinander, welcher zu Folge auf konstitutionellem Wege eine Adresse nicht abgesendet werden könnte, denn jetzt seien der Landtag und der faktische Herrscher zwei Prozeß führende Parteien, deren keine der Richter sein kann, sondern nur das Gesetz; so lange dieses nicht hergestellt ist, stimmt er für Beschluß. Er anerkennt, daß die 1848er Gesetze für Kroatien verlegend sind, und auf die Verhältnisse der Serben übergehend, findet er, daß zur Befriedigung der Ansprüche beider Nationalitäten der Beschluß besser sei als die Adresse. Er fürchtet auch die Auflösung des Landtages nicht, denn wenn die österreichische Regierung ihr 12jähriges System fortsetzen will, so stürzt sie sich selbst. — (Schon nach der Rede Bláds, noch mehr aber nach derjenigen des Ignatovich, ließen sich von mehreren Seiten Stimmen vernehmen, die auf Abstimmung drangen; und jetzt hielt der Präsident die Zeit für gekommen, die Frage zur Beendigung der gegenwärtigen Berathung auf's Tapet zu bringen, und forderte deshalb die Mitglieder auf, ihre Meinung zu äußern. In Folge dessen entstand eine längere Debatte, die vorläufig kein Resultat hatte, der Beschluß soll morgen gefaßt werden. Die Redner anerkannten einstimmig, daß es notwendig sei, mit der Zeit zu sparen, zugleich aber, daß der an der Tagesordnung befindliche Gegenstand von allen Seiten vollkommen erschöpft werden müsse; es wäre ungerecht Jemanden seines Rechtes zu sprechen auch nur durch moralische Mittel zu berauben, und zufolge dessen erklärten es Mehrere als im Widerspruch mit den Regeln des Hauses, zur Beendigung der Debatte eine bestimmte Frist anzuberaumen, — dieselbe wird demnach am Montag fortgesetzt.)

P. C. Wien. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. Juni. Anfang 10¹/₄ Uhr. Präsident Dr. Hein. Auf der Ministerbank: Schmerling, Laffer, Widenburg, Mezősényi, Pratoberera, Wüllerstorff. — Das Protokoll wird nach einer vom Präsidenten anerkannten Berichtigung genehmigt. Nach Verlesung mehrerer Petitionen und Gewährung einiger Urlaube bringt der Präsident folgende Interpellationen zur Kenntniß: I. Dr. Pfrerschner und Genossen an den Staatsminister: Seit 80 Jahren sind die religiösen Verhältnisse in Tirol gesetzlich geregelt. Nichtsdestoweniger ist jetzt eine Bewegung dort ausgebrochen, die weder dem christlichen noch dem politischen Sinn ihrer Theilnehmer Ehre macht. Hat das Staatsministerium die nöthigen Schritte gethan, um dieser Agitation zu steuern, um die Staatsdiener, die an dieser Agitation theilnehmen, zurechtzuweisen und das Patent vom 8. April zum verfassungsmäßigen Abschluß zu bringen. II. Dr. Dietl an den Staatsminister: Welche Schritte wurden wegen Reintegration des Privatvermögens der Jagellonischen Universität gethan. III. Derselbe an den Staatsminister: Wird bei der Bildung des Unterrichtsrathes auf die Autonomie Galiziens Rücksicht genommen? — Diese Interpellationen konnten nicht rechtzeitig an den Minister übergeben werden. Hierauf nimmt Graf Widenburg das Wort, um die Interpellation wegen Abschaffung des Elbezolles zu beantworten. Die Regierung hat in ihrem Bestreben, Handel und Schifffahrt zu fördern, bei den Konferenzen mit den Uferstaaten auf die Abschaffung hingewirkt, ist aber noch zu keinem entschiedenen Resultate gekommen. — Minister Pratoberera beantwortet die Interpellation über das Vergleichsverfahren dahin, daß das Gesetz schon zur Vorlage bereit ist und er nur beabsichtigt habe, es im Vereine mit andern Justizvorlagen einzubringen. Bei dieser Gelegenheit setzt der Minister auch den Standpunkt der Regierung zum Immunitätsgesetze auseinander, betont vorzüglich, daß die Regierung die Autonomie der Länder keineswegs zu schmälern beabsichtige und daß nach seiner Ansicht Oesterreich den Beruf habe, in der herausbeschworenen Frage der Nationalitäten den Weg einer friedlichen Lösung zu zeigen. Es wird nun zur Tagesordnung geschritten. Auf derselben steht die Spezialdebatte für das Immunitätsgesetz.

Dr. Mühlfeld schlägt ein Amendement vor, das die Immunität gegen jede Interpretation des Richters sicherstellt. Er bezweckt hiemit nicht ein Mißtrauen gegen den Richterstand auszusprechen; er wisse es am besten, daß die österreichischen Richter in den unglücklichsten Verhältnissen ihre Unabhängigkeit nicht nur gewahrt, sondern auch gebüßt haben; aber ein Gesetz muß die möglichen Fälle berücksichtigen. — Ein

roly.

Amendement von Dr. Schindler wird nicht unter-
stützt. Es sprachen hierauf noch Klauß und Sa-
wella für den Minoritätsentwurf. Prinz be-
kämpft sie.

Bei der Abstimmung über den §. 1 wird das
Amendement Smolka mit einer geringen, das Amen-
dement Tischer bloß mit einer Majorität von drei
Stimmen verworfen. Auch das Amendement Mühl-
feld fällt, und der Antrag des Ausschusses, der bei
Majorität und Minorität gleich lautet, wird ange-
nommen.

Die Debatte über die folgenden Paragrafen wird
fortgesetzt und dauert um 3 Uhr noch fort, so daß wir
wegen Postschluß genöthigt sind, den Bericht hier ab-
zubrechen. Es ist übrigens kein Zweifel, daß der Ma-
joritätsantrag angenommen werden wird.

Urad, 3. Juni. (Zur Situation.) Aus
der Masse der uns vorliegenden Zeitungen und direk-
ten Berichte vermögen wir heute kein bedeutendes Er-
eigniß weder aus dem In- noch aus dem Auslande zu
verzeichnen. — Im Landtage wird die Adressbe-
hörde heute wieder fortgesetzt, nachdem zufolge unse-
res oben mitgetheilten Berichtes man sich am Samstag
über den Schluß nicht einigen konnte, da die noch ein-
geschriebenen Redner der Verschlusspartei auf das Wort
nicht verzichten wollten. Der Wiener Reichs-
rath beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung wieder
mit dem Immunitätsgeetze und mit Interpellationen.
Am Schluß der Sitzung theilt der Präsident einen
ihm überreichten von 20 Mitgliedern unterzeichneten
Antrag mit, welcher folgendermaßen lautet:

Die Unterzeichneten stellen den Antrag, das Her-
renhaus wolle beschließen, es werden Ausschüsse mit
der Aufgabe bestellt, Entwürfe nachherwähnter Gesetze
zu verfassen, und zur Verathung und Schlußfassung an
das Haus zu bringen.

1. Eines Gesetzes zur Regelung des Vereins-
und Versammlungsrechtes.

2. Eines Gesetzes zum Schutze der Freiheit
der Person und des Hausrechtes, sowie des Brief-
geheimnisses.

3. Zur Sicherung der Freiheit der Wissenschaft
und ihrer Lehren und

4. In Betreff der Stellung und Rechte der ver-
schiedenen Religionsgesellschaften und ihrer Ange-
hörigen dem Staate gegenüber und in öffentlicher Be-
ziehung, so wie die Rechte derselben gegen einander und
in bürgerlicher Hinsicht.

Jeder dieser Ausschüsse wird aus 18 Mitglie-
dern gebildet, von denen je 2 durch eine Abtheilung
zu wählen sind.

In der Sitzung des kroatischen Landtages
vom 29 Mai, theilte nach vorgelesenem Protokolle
Baron Kuslan als Präsident der am vorhergehenden
Tag stattgefundenen Sitzung das Ergebniß derselben
mit, dahin lautend, daß die Versammlung ihr Bedauern
über den in der Vormittagsitzung stattgefundenen nicht
konstitutionellen Vorgang, wodurch dem Abgeordneten
Peter Horvát das Wort entzogen wurde, ausdrückt
und die Hoffnung ausspricht, daß Sr. Erzellenz der
Ban stets und selbst vor dem Allerhöchsten Throne die
Nation gegen ihre Feinde verteidigen werde.

Sr. Baltic habe seinen Antrag auf Zuziehung
eines Grenzvertreters zum Komité ad hoc, das den
Entwurf über die künftige Vertretung der Grenze und
deren Auslösung auszuarbeiten hat, besonders deshalb
zurückgezogen, weil die Verifikation der Wahlen der
Grenzvertreter noch nicht vor sich gegangen; er behalte
sich jedoch die Stellung seines Antrags für einen an-
dern Zeitpunkt vor.

Hierauf werden mehrere Anträge und mittlerweile
eingegangene Petitionen mitgetheilt, darunter jener des
Hrn. Pavlelovic dahin zielt: der Landtag wolle be-
schließen, daß die sogenannten landesfürstlichen Steuern
künftighin so wie bis zum Jahre 1848 nach Bestim-
mung des Landtages festgestellt und durch eigene vom
Landtage zu kontrollirende Beamte eingehoben, alle an-
dern Steuern, Abgaben, Monopole etc. aber als nicht
gesetzlich erklärt werden.

Eine Antwort des pr. kroatisch-slavonischen Hof-
diskasteriums an Sr. Erzellenz den Ban wird vorgele-
sen, worin eröffnet wird, daß Sr. Majestät die erbe-
tene Vertretung des Peterwardeiner Grenz-Regi-
mentes am kroatisch-slavonischen Landtage nicht geneh-
migt habe.

Sr. Baron Kuslan liest die Repräsentation des
Landtages an Sr. Majestät wegen Kostrennung der
Stadt Zengg aus dem Militär-Grenzverbande und
Vereinigung und Vertretung Dalmatiens und der quar-
nerischen Inseln vor; dieselbe wird angenommen.

Sr. Erz. der Ban beantragt hierauf, um keine
Zeit zu verlieren, und weil die Grenzvertreter bereits
anwesend, die königl. Propositionen (auf das Verhält-
niß Kroatiens zu Ungarn und zu Oesterreich sich be-
ziehend) als wichtigsten und ersten Gegenstand sogleich
in der ersten Sitzung der kommenden Woche in die
Beratung und Diskussion zu ziehen.

Der aus der Gefangenschaft entlassene, ehemalige
Hondob-General Ludwig Asbóth veröffentlicht in
den Pester Blättern folgenden „Öffentlichen Dank“:

In Folge Entschließung Sr. Majestät vom 16.
Mai wurde ich den 25. meiner Festungshaft entlassen.

Meine erste und heilige Pflicht erfüllend, sage ich
hiermit allen Behörden, welche für mich an Sr. Ma-
jestät eine Zuschrift gerichtet haben, meinen wärmsten
Dank.

Lugos, den 27. Mai 1861.

Bekanntlich hat die Czegléd-er Israeliten-Gemeinde am 26. v. M. für den Grafen Teleki einen
Trauergottesdienst veranstaltet, wobei der Szegediner
Oberrabbi Leopold Löw eine begeisterte Denkrede
hielt. Nach dem Schluß derselben wurde — wie man
nun erfährt — der Redner von dem städtischen Vor-
stande und der bei der Feier anwesenden Geistlichkeit
beglückwünscht, und Abends ward er mit einem Fakel-
zug ausgezeichnet.

Im Pester israelitischen Gotteshause wird am
6. d. Vormittags 9 Uhr der Trauergottesdienst für
Teleki László abgehalten werden.

Aus Bessrim, 18. Mai, wird der „Agr. Z.“
geschrieben: „Gestern Abends wurde dem Domherrn
Baksa, welcher lange als Feldkaplan in der österr.
Armee fungirte, eine Regenmusik im großartigsten Style
gebracht. Die Veranlassung war, daß er bei dem Trauer-
gottesdienste für Teleki die Glocken nicht läuten ließ,
indem er vielmehr entschieden gegen die Zumuthung
protestirte, daß er als katholischer Geistlicher einem
Protestanten die Ehre erweisen werde, auf die nur der
Katholik einen Anspruch habe. „Am Ende — fügte er
noch hinzu — werde ich noch wegen eines Juden die
Glocken läuten müssen.“ Die Erbitterung gegen den
hochwürdigen Herrn steigerte sich im Laufe der Nacht
derart, daß ihm auch die Thüren und Fenster einge-
schlagen und zertrümmert wurden.

„Magy. Drß.“ schreibt man aus Agram, daß
der Ban, als er die Deputirten der Militärgrenze
empfangt, sie ermahnte, auf die Verlockungen der „Pro-
vokationalisten“ nicht zu hören, und wenn sie eine Klage
haben, dieselbe nicht dem Landtag, sondern ihm mitzu-
theilen. Ein invalider Serrefchaner entgegnete darauf,
sie hätten zu einem Soldaten kein Vertrauen, und
erwarteten die Heilung ihrer Uebel vom Landtag.

Ein liberaler Abgeordneter (Dr. C. Wieser aus
Linz) hat bekanntlich die letzten Reichsrathsserien zu
einem Besuch in Pest benutzt, um dort aus eigener
Anschauung zu erfahren, ob gar kein Anknüpfungspunkt
für die Verfassungsfreunde beider Theile des Reiches
zu finden sei. Jetzt zurückgekehrt, berichtet er wohl
sehr befriedigt über die gastliche Aufnahme, die er ge-
funden; aber über die politische Perspektive befragt,
antwortet er mit einem nicht allzu sichelinischen Spruch-
lein in schlechtem Latein: omnia pro praeterito, ni-
hil pro nunc, pro futuro minima. Früher wäre alles
mit wenig zu machen gewesen, jetzt ist gar nichts zu
machen, später wird sich vielleicht etwas machen las-
sen — mit Ungarn nämlich. So übersezt der Abge-
ordnete seinen Bericht, und fügt hinzu, daß, wenn
überhaupt etwas im Stande ist, Ungarns Anerkennung
der österreichischen Verfassung zu beschleunigen, so sei
es nur deren Verbesserung. So schreibt die „Presse.“

Aus Czernowitz wird gemeldet, daß in meh-
reren Gegenden der Bukowina eine große Gäh-
rung sich unter dem Landvolke fühlbar macht, welches
die Waldungen der großen Grundbesitzer, vormaligen
Grundherren, beansprucht.

Aus Turin, 31. Mai wird telegraphisch gemel-
det: Der Ausschuß der Deputirtenkammer für die
Nationalbewaffnung im Sinne Garibaldi's beendigte
seine Arbeiten und ernannte Carlo Senzi zum Bericht-
erstatler. Der Ausschuß beantragt einstimmig die
Organisation von 220 Bataillonen Nationalgarde zu
650 bis 700 Mann, wobei auf 100,000 Einwohner
ein Bataillon entfiel. Die Offiziere sollen vom Kriegs-
ministerium ernannt werden, welches deren Bewaffnung
und Equipirung auf sich nimmt.

Graf Cavour wurde von einer Blutkonjestion
befallen, das Uebel begann in der Nacht vom Mittwoch
auf Donnerstag; gestern wurde ihm dreimal zur Aber-
gelassen; die Besserung ist heute merklich.

Cavour soll trotz der entgegenstehenden, auch
von uns gebrachten Nachrichten dennoch nach Frank-
reich, doch nicht nach Paris sondern nach Vichy kom-
men und dort mit dem Kaiser zusammentreffen.

Aus Paris, 30. Mai, wird geschrieben: Am
künftigen Montage wird eine Versammlung der Mar-
schälle unter dem Vorsitze des Kaisers in Fontainebleau
stattfinden. — Die gestern hier eingetroffene telegra-
phische Nachricht aus Konstantinopel, daß Frankreich und
England im Falle neuer Unruhen gemeinschaftlich in
Syrien einschreiten würden, ist genau, sie bestätigt,
was ich schon vor einigen Tagen meldete.

Man will hier wissen, daß Lord Lyndhurst
demnächst die polnischen Angelegenheiten in Oberhause
zur Sprache bringen werde. In Folge dessen ist Fürst
Czartoryski von hier nach London abgereist.

Paris, 31. Mai. Ein an den gesetzgebenden
Körper heute gelangtes kais. Dekret, verfügt, daß die
Session, welche am 4. Juni hätte geschlossen wer-
den, bis einschließig 19. Juni vertagt wurde.

Die Konferenz für die syrische Angelegenheit hielt
gestern ihre dritte Sitzung. Die Türkei nahm den
Vorschlag Frankreichs an, wegen Ernennung eines ein-
zigen christlichen Chefs am Libanon.

Marquis Lavalette wird zu Ende Juni erwartet.

Die Zustände in Rußland sollen nicht sehr
beruhigend aussehen. Es soll so weit gekommen sein,
daß die Regierung unter dem Vorwande, Polen eine
Erleichterung zu verschaffen, Anlaß nehmen dürfte,
einen Theil der Truppen aus Polen zurückzuziehen, um
sie im Innern des Landes zusammenzuziehen. Diese
Zustände sind auch in der Hinsicht bedenklich, daß Ruß-
lands Schwäche ein Grund mehr für Frankreich sein
kann, seine weitgehenden Pläne im Orient zu verfol-
gen. Es ist aber gewiß, daß die französische Diplo-
matie mit großen Ideen in Bezug auf den Orient
sich herumträgt. Dieselben erstrecken sich keines-
wegs bloß mehr auf Syrien, da man über diese Frage
mit England sich geeinigt hat, was wir bereits meldeten.

Der in guten Beziehungen zur österreichischen Re-
gierung stehenden „Allgemeinen Zeitung“ wird aus
Wien folgendes geschrieben: „Obwohl Freiherr von
Bach, gegenwärtiger Botschafter bei dem h. Stuhl,
wegen seiner Theilnahme an den Konfortat nicht anders
dann eine persona grata in Rom sein kann, vertritt
sich dessen längeres Verbleiben daselbst sehr schwer mit
den Anforderungen der öffentlichen Meinung des Kai-
serstaates. Ein Staatsmann, welcher durch sein System
die Monarchie an den Rand des Abgrundes brachte,
darf füglich nicht der Vertreter der neuen Ordnung
der Dinge, wie sie heute in Oesterreich sich entwickelt,
bleiben. Er soll übrigens selbst wohl fühlen, daß,
nachdem sich sein System ganz und gar überlebt hat,
die Klugheit ihm gebietet, in's Privatleben zurückzutre-
ten und otium cum dignitate zu suchen.“ Diese
Mittheilung scheint uns der Vorläufer der demnächstigen
Abberufung des Frh. v. Bach von seinem Posten
zu sein.

Urad, 3. Juni. Gestern Vormittags 10 Uhr
fand im Saale des Hotels „zum weißen Kreuz“ eine
außerordentliche Generalversammlung der
hiesigen Kasinogesellschaft statt. Der Präses Herr
Emerich v. Biró sen. motivirte die Dringlichkeit
der Einberufung dieser außerordentlichen Versammlung
dadurch, daß sich jetzt eine Gelegenheit darbiete, das
Básárhelyische Haus auf dem Hauptplatz zu mietzen
und als Vereinslokal zu verwenden; ein Gegenstand,
der schon deshalb keinen Aufschub erleide, weil das
Haus mit 1. November l. J. übernommen werden
müßte. Ein weiterer Gegenstand der Versammlung
sollte auch ein von neun Vereinsmitgliedern gefertigtes
Gesuch sein. Es folgte hierauf zuerst eine Debatte,
ob das Präsidium zur Einberufung einer „außerordent-
lichen“ Generalversammlung ermächtigt sei oder nicht.
Von den Argumenten welche gegen diese Ermächtigung
aufgestellt wurden, ist eines zu charakteristisch, als daß
wir es nicht erwähnen sollten. Ein äußerst „liberaler“
Redner fand die Art der Einberufung dieser Sitzung
deshalb nicht genügend, weil sie durch eine Anzige
(in ungarischer Sprache) in der deutschen „Arader
Zeitung“ und in keinem ungarischen Blatte erfolgte. — Die
Debatte endete damit, daß die Versammlung dem Prä-
sidium das Recht zuerkannte in dringlichen Fällen eine
„außerordentliche Generalversammlung“ einzuberufen,
so wie sie auch die Dringlichkeit des vorgebrachten
Gegenstandes anerkannte und eine Kommission bezüglich
der vorzubereitenden Schritte, um die Pachtung des
erwähnten Hauses einzuleiten, ernannte. — Eine weit
weniger befriedigende Gestaltung nahm die Debatte
über das Gesuch von neun Vereinsmitgliedern an.
Unsere Leser in Urad werden uns um so eher ent-
schuldigen, wenn wir diesen Gegenstand übergehen,
weil wir die Ueberzeugung haben, daß er — mehr
als wünschenswerth sein mochte — hier ohnedies all-
gemein bekannt ist und für Auswärtige derselbe kei-
nerlei Interesse haben kann. — Die wegen Mietzung des
neuen Lokals entsendete Kommission hat bis nächst en
Sonntag, den 9. d. M., wo am gleichen Ort wie-
der eine Sitzung abgehalten wird, Bericht zu erstatten.

* Aus Wien, vom 1. Juni, wird uns geschrie-
ben: Ihre Majestät die Königin von Preußen wird
im Laufe d. M. zum Kurgebrauche in Reichenhall erwar-
tet, und in Salzburg mit J. Maj. der Kaiserin Witwe,
Karoline Auguste zusammentreffen. Eine großartige
Wette, wie solche selbst in England zu den seltenen
gehört, ist so eben zwischen dem Hrn. Husaren-Ober-
lieutenant Grafen Szirmay und den Grafen Wlcek
in Verlauf. Graf Szirmay will nämlich vier-
zig deutsche Meilen in vierzig Stunden
auf einem und demselben Pferde reitend zurücklegen.
Der Wettpreis, wie die Art und Weise der Ausfüh-
rung sind vorderhand Geheimnisse. Die Rennbahn ist
die Freudenau im Prater. Das Experiment hat heute
um 4 Uhr Morgens begonnen und soll Morgen 8 Uhr
Abends enden. Der Schauplatz ist heute von sehr
vielen Kavallerieoffizieren besucht, und ist auch ein
Thierarzt dem Wettkomitee beigegeben worden.